



**Stellungnahme des  
Mouvement Ecologique**

**zur Reform des  
Kommodo-Inkommodo-Gesetzes**

**sowie der**

**Umweltverwaltung**

*"Projet de loi modifiant*

*- la loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés*

*- la loi modifiée du 27 novembre 1980 ayant pour objet la création  
d'une Administration de l'Environnement"*

**Januar 2003**

**Stellungnahme des Mouvement Ecologique**  
**zur Reform des Kommodo-Inkommodo-Gesetzes**  
**sowie der**  
**Umweltverwaltung**

*"Projet de loi modifiant  
- la loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés  
- la loi modifiée du 27 novembre 1980 ayant pour objet la création d'une Administration de  
l'Environnement"*

*Der vorliegende Reformtext des Kommodo-Gesetzes bzw. der Umweltverwaltung weist aus der Sicht einer fortschrittlichen Umweltpolitik eine Reihe von wesentlichen Schwachstellen auf. In folgender Stellungnahme möchte der Mouvement Ecologique auf die wesentlichsten Aspekte eingehen, dies mit der Hoffnung, dass nicht erneut eine «halbe» Reform durchgeführt wird, was jedoch beim derzeit vorliegenden Gesetzesprojekt der Fall wäre.*

*Der Mouvement Ecologique ist der grundsätzlichen Überzeugung, dass eine effizient organisierte und kompetente Umweltverwaltung sowie klare Regelungen im Umweltbereich absolut im Interesse der Wirtschaft sind. Wenn im folgenden Anregungen in diesem Sinne gemacht werden, so sollen sie im Sinne der nachhaltigen Entwicklung sowohl ökologischen Zielsetzungen Rechnung tragen als auch aus wirtschaftlicher Sicht vertretbar sein.*

*Vorbemerkung : Um die Lektüre der folgenden Stellungnahme zu erleichtern, sei sich am vorliegenden Dokument «4863» und der darin zurückbehaltenen Reihenfolge orientiert.*

# 1. Geplante Abänderungen am Kommodo-Inkommodo-Gesetz als solchem

Zum Reformtext, wie er vorgelegt wurde, möchte der Mouvement Ecologique folgende Anmerkungen machen.

## Artikel 7

Der Entwurf von Artikel 7 regelt, dass sich ein Betrieb nur dann an einem Standort ansiedeln kann, wenn dieser über alle erforderlichen Genehmigungen verfügt.

Die Formulierung von Punkt 8 sollte nach Ansicht des Mouvement Ecologique in der im Gesetzesprojekt vorgeschlagenen Form zurückbehalten werden. Hier wird in der Tat explizit vorgeschrieben, dass dies auch beinhaltet, dass die Zone als solche über eine Kommodo-Genehmigung verfügen muss.

Die vom Staatsrat vorgeschlagene Form hingegen listet das Kommodo-Inkommodo-Gesetz nicht als notwendige Voraussetzung auf. Der Abänderungsvorschlag des Staatsrates soll wohl den Bedenken der «Chambre de Commerce» entgegenkommen. Diese befürchtet in der Tat, dass falls ein Betrieb nur in einer Zone angesiedelt werden kann, die auch dem Kommodo-Gesetz gerecht wird, Probleme auftauchen werden. Dies da die Mehrzahl der Aktivitäts- und Industriezonen tatsächlich nicht über die vom Gesetz vorgeschriebene Kommodo-Genehmigung verfügt.

**Statt jedoch deshalb das Gesetz auszuhöhlen, sollten vielmehr Anstrengungen zur Legalisierung der Aktivitäts-, Gewerbe- und Industriezonen durchgeführt werden. Ein solches Vorgehen hätte in der Tat durch eine integrierte Gesamtplanung auch handfeste Vorteile für die dort aktiven Betriebe: Energieversorgung für eine gesamte Zone, Lösung der Abwasserprobleme für das gesamte Gebiet u.a.m.**

## Artikel 8

In diesem Artikel wird einerseits geregelt,

- in welchen Fällen der Minister das Recht hat, eine Impactstudie vorzuschreiben bzw.
- wird die legale Basis für die großherzoglichen Reglemente zur Umsetzung der IPPC.- und der Impactstudiendirektive geschaffen.

Der Staatsrat verweist jedoch darauf, dass die Ausführungen nicht klar und nicht schlüssig sind.

Dieser Artikel ist sonder Zweifel ein kritischer Punkt des Gesetzesentwurfes. Fakt ist in der Tat, dass die seitens der Autoren des Gesetzesprojektes vorgeschlagenen Formulierungen unzufriedenstellend sind. Sie erscheinen untransparent; das Ausführungsreglement für den ersten Paragraphen fehlt noch, dies obwohl es von zentraler Bedeutung ist u.a.m. Eine Reihe von Bedenken des Staatsrates muss der Mouvement Ecologique somit teilen.

Da

- es sich bei Artikel 8 jedoch um das Kernstück des Gesetzestextes bzw. der Umsetzung der EU- Direktiven handelt und entsprechend eine sehr konzise Formulierung notwendig wäre,
- Luxemburg sich jedoch keine weitere Verzögerung der Umsetzung der Direktive erlauben darf und Artikel 8 in der vorgeschlagenen Form eine erste Basis darstellt,

tritt der Mouvement Ecologique für folgende Lösung ein ;

- Artikel 8 sollte in der vorliegenden Form verabschiedet werden
- parallel sollte aber - sei es im Gesetzestext selbst oder aber mittels Motion der Abgeordnetenversammlung - festgelegt werden, dass innerhalb des nächsten Jahres eine Überarbeitung der Liste erfolgt, dies indem - wie vom Mouvement Ecologique und jetzt auch vom Staatsrat vorgeschlagen - in der Liste der **Kommodo-pflichtigen** Betriebe selbst via «astérisques» (so wie vom Staatsrat vorgeschlagen) oder via Kategorien 1a, 1b... usw. definiert werden soll, welche Betriebe
  - \* von vorneherein eine Impaktstudie erstellen müssen
  - \* für welche fakultativ eine Impaktstudie eingefordert werden kann und
  - \* welche der IPPC-Studie unterliegen.

#### Artikel 15

Der Staatsrat schlägt vor, dass der Besitzer erst 3 Monate nach Schließung der Anlage die Umweltverwaltung hierüber informieren muss. Die derzeit vorgeschlagene Form, die besagt, dass dies vor Schließung der Aktivität erfolgen muss, ist jedoch weitaus sinnvoller.

Artikel 17 - grundsätzliche Infragestellung einer wesentlichen umweltpolitischen Errungenschaft

In Artikel 17 selbst soll ein sehr wichtiger Abschnitt - eine Errungenschaft aus ökologischer Sicht aus den vergangenen Jahren - ersatzlos gestrichen werden. Auch wenn im "exposé des motifs" dies nicht so dargelegt wird, würde es sich hierbei doch um eine wesentliche Verschlechterung der Gesetzgebung handeln, die nicht einmal offen und ehrlich benannt wird.

Artikel 17, Punkt b, schreibt in der aktuellen Fassung vor:

*"Dans le cas où l'établissement est projeté dans des immeubles existants et dont la construction a été dûment autorisée, les autorisations requises en vertu de la présente loi ne pourront être délivrées que lorsque l'établissement projeté se situe dans une zone prévue à ces fins en conformité avec la loi du 12 juin 1937 concernant l'aménagement des villes et autres agglomérations importantes ou avec un plan d'aménagement établi en exécution de la loi du 20 mars 1974 concernant l'aménagement général du territoire ou avec la loi modifiée du 11 août 1982 concernant la protection de la nature et des ressources naturelles. Il en est de même lorsque l'établissement est projeté dans un immeuble à construire."*

Dieser soll gemäss den Autoren des Gesetzestextes ersatzlos gestrichen werden. Dabei ist die hier zurückbehaltene Koppelung der Baugenehmigung an die Kommodo-Genehmigung ein Kompromiss

gewesen, der seinerzeit in langen Verhandlungen ausgearbeitet wurde. Sie hat sich zudem in der Praxis bewährt.

Eine Entkoppelung würde verheerende Folgen haben und der Mouvement Ecologique spricht sich mit aller Konsequenz gegen die Streichung dieses Artikels und gegen eine substantielle Infragestellung des Kommodo-Gesetzes aus !!!

Die Abänderungen an der Liste « portant nomenclature et classification des **établissements classés** » (ab S. 22 des Dokumentes) ergeben sich aufgrund der Abänderungsvorschläge betreffend die Reglemente zur IPPC- und zur Impactstudiendirektive, die in folgenden Kapiteln dargelegt werden. Deshalb sei an dieser Stelle die „nomenclature“ nicht kommentiert, dies erfolgt im Rahmen der Anmerkungen zur Umsetzung der Direktiven.

## 2. Umsetzung der IPPC-Direktive

Betreffend die Umsetzung der IPPC-Direktive möchte der Mouvement Ecologique lediglich folgende Anmerkungen machen :

### **Artikel 14 der Direktive (“Respect des conditions de l’autorisation”)**

Dieser Artikel schreibt folgendes vor :

*“Les Etats membres prennent les mesures nécessaires pour que:*

- *les conditions de l'autorisation soient remplies par l'exploitant dans son installation*
- *l'exploitant informe régulièrement l'autorité compétente des résultats de la surveillance des rejets de l'installation et dans les plus brefs délais de tout incident ou accident affectant de façon significative l'environnement*
- *les exploitants des installations fournissent aux représentants de l'autorité compétente toute l'assistance nécessaire pour leur permettre de mener à bien des inspections au sein de l'installation, de prélever des échantillons et de recueillir toute information nécessaire à l'accomplissement de leur tâche aux fins de la présente directive »*

Seitens der Autoren des Gesetzesprojektes wird angeführt, die Umsetzung dieser Bestimmungen wäre bereits durch das Kommodo-Gesetz als solches gewährleistet (Artikel 22 - 23 - 24 - 25 - 26 -27 - 13 sowie 5). Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Denn **die angeführten Artikel regeln vor allem Sanktionsmechanismen, nicht aber, dass die Kontrolle als solche in dem Ausmaß erfolgt, wie es die Direktive vorgibt.** So sieht das Kommodo-Inkommodo-Gesetz lediglich die Möglichkeit vor, dass die Betreiber von Anlagen die zuständigen Stellen regelmäßig über die Resultate der Analysen informieren müssen. Diese Auflage wird aber nicht - so wie es die Direktive festschreibt - bei bestimmten Betrieben von vorneherein festgeschrieben. Dies nur ein Beispiel um zu illustrieren, dass die Direktive noch nicht ausreichend in der heutigen Gesetzgebung umgesetzt wurde.

**Entsprechend spricht sich der Mouvement Ecologique dafür aus, den diesbezüglichen Artikel der Direktive in das Kommodo-Gesetz zu übernehmen.**

### **Artikel 15 der Direktive «Accès à l'information et participation du public à la procédure d'autorisation»**

**Dieser Artikel sieht vor, dass Daten öffentlich zugänglich sein müssen. Zitat aus der Direktive**  
*« Les résultats de la surveillance des rejets, requis conformément aux conditions de l'autorisation visées à l'article 9 et détenus par l'autorité compétente, doivent être mis à la disposition du public, « Un inventaire des principales émissions et sources responsables est publié tous les trois ans par la Commission sur la base des éléments transmis par les Etats membres. (...) »*

Die Autoren des Gesetzestextes heben hervor, dass diese Vorgaben aus der Direktive bereits heute im Luxemburger Kommodo-Gesetz geregelt seien, was nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht der Fall ist.

**Demnach sollten die genannten Vorgaben von Artikel 15 der Direktive in das Luxemburger Reglement übernommen werden.**

### 3. Reglement betreffend die Umsetzung der Impaktstudienrichtlinie

Bei der Umsetzung der Impaktstudienrichtlinie - die mehr denn überfällig ist - drängen sich noch weitaus stärkere Abänderungen auf. Im folgenden seien wesentliche angeführt.

#### Annexe I

---

Es versteht sich von selbst, dass jene Anlagen der Annexe I - d.h. der gemäss EU-Direktive besonders relevanten Anlagen - von besonderer Bedeutung sind.

#### **Impaktstudienrichtlinie in Bezug auf Straßenbauprojekte endlich umsetzen!**

**Die Richtlinie sieht in der Annexe I vor, dass auch für Straßenbauprojekte eine Impaktstudie durchgeführt werden muss. Zitat:** « 7. c. *Construction d'une nouvelle route à quatre voies ou plus, ou alignement et/ou élargissement d'une route existante à deux voies ou moins pour en faire une route à quatre voies ou plus, lorsque la nouvelle route ou la section de route alignée et/ou élargie doit avoir une longueur ininterrompue d'au moins 7 kilomètres.*»

bzw.

« b) *Construction d'autoroutes et de voies rapides (2).* »

Diese Bestimmung soll - gemäss den Autoren des Gesetzesprojektes - erneut nicht in Luxemburger Recht umgesetzt werden, sondern vielmehr mittels separatem Gesetz...

**Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass es nun endlich reicht! Seit Jahren wird hier die Umsetzung der Gebote der Impaktstudienrichtlinie betreffend Straßenbauprojekte immer wieder verzögert!! Soll sie in die Straßengesetzgebung integriert werden heißt es, ein spezielles Gesetz wäre sinnvoller. Ist ein spezifisches Gesetz auf dem Instanzenweg, so soll diese Vorgabe in die Kommodo-Gesetzgebung integriert werden. Steht wiederum die Kommodo-Gesetzgebung auf der Tagesordnung, so wird wieder von einem Spezialgesetz gesprochen. Diese jahrelange Hinhaltenaktik hat u.a. zu unmöglichen Situationen geführt wie z.B. bei der Saar-Autobahn und ist nicht länger tragbar! Hier werden die Bürger um ihre Rechte gebracht - und dies seit Jahren!**

**Der Mouvement Ecologique richtet einen eindringlichen Appell an die Umweltkommission der Abgeordnetenkammer, dieses Spiel nicht mehr länger mitzumachen!! Auch die Straßenbauprojekte sollen ein für alle mal in die Kommodo-Gesetzgebung integriert werden ! Und wenn - wer weiss - jemals ein Spezialgesetz gestimmt werden soll (eine Vorgehensweise die im übrigen nicht die Zustimmung des Staatsrates findet), so kann dieses problemlos das Kommodo-Gesetz in diesem Punkt abändern. Das juristische Vakuum aber muss endlich ein Ende haben. An den Mitgliedern der Umweltkommission hier eine deutliche Sprache zu sprechen!**

Wie absurd die Situation mittlerweile ist, weist folgende Tatsache auf: Am 14. Februar 2001 deponierte die Regierung ein Gesetzesprojekt spezifisch zur Umsetzung der Impaktstudien-Direktive für Straßen und Schienennetze... In seinem Gutachten vom 3. Juli 2001 führte der Staatsrat an, es solle jedoch kein separates Gesetz gemacht werden, sondern die Projekte sollten in die Kommodo-Gesetzgebung integriert werden. Sic ! ! ! Daraufhin entschied sich die Regierung scheinbar für eine Integration in die bestehenden Gesetze.

**Und was geschieht nun mit dem vorliegenden Entwurf: Schienenprojekte werden in das Kommodo-Gesetz integriert - Straßenbauprojekte aber nicht... Widersinniger geht es wohl kaum!**

Unverständlich ist, warum der Staatsrat in der Stellungnahme zur Reform des Kommodo-Gesetzes hier lediglich auf sein Gutachten verweist, nicht aber, so wie in anderen Punkten, es noch einmal deutlich hervorhebt. Deshalb sei unsererseits aus der genannten Stellungnahme des Staatsrates von 2001 zitiert (Markierungen durch Mouvement Ecologique):

*« S'il est vrai que la directive 97/11/CE du Conseil du 3 mars 1997 a étendu le champ d'application des projets routiers soumis obligatoirement, voire susceptibles d'être soumis à une étude d'impact, le Conseil d'Etat ne saurait pour plusieurs raisons marquer son accord avec une nouvelle loi spécifique en l'espèce. Il estime, au contraire, que la modification de la directive 85/337/CEE ne saurait et ne pourrait intervenir que dans le cadre même d'une adaptation de la loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés et de ses règlements d'exécution, notamment du règlement grand-ducal du 16 juillet 1999 portant nomenclature et classification des établissements classés. Le Conseil d'Etat renvoie dans ce contexte à ses avis des 14 juillet et 14 novembre 2000 concernant respectivement le projet de règlement grand-ducal portant application de la directive 96/61/CE du Conseil du 24 septembre 1996 relative à la prévention et à la réduction intégrées de la pollution et le projet de règlement grand-ducal concernant l'évaluation des incidences sur l'environnement de certains projets publics et privés, projets élaborés par le ministre de l'Environnement. (cf. Doc.parl.No 4616. sess. ord. 1999-2000 etc.)*

**Ainsi le Conseil d'Etat est-il d'avis que la loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés et ses règlements d'exécution doivent constituer la seule référence en matière d'établissements classés et en constituer en sorte le droit commun. Le Conseil d'Etat n'entrevoit pas la nécessité, ni même l'opportunité de promulguer en l'espèce une loi spécifique aux seuls projets routiers, alors qu'au contraire une seule loi de référence réunissent l'ensemble des dispositions y relatives s'impose non seulement dans l'intérêt des administrés, mais encore des experts qui, pour leur part, risquent de ne plus s'y retrouver également. La démarche proposée par les auteurs aboutit finalement "à introduire dans la législation et la réglementation nationales des dispositions parallèles et concurrentes faisant double emploi et à induire en erreur les particuliers, les administrations et d'autres instances sur l'état du droit applicable. A la limite elle contribuerait ainsi à créer l'insécurité juridique qui aurait pu être évitée par des dispositions de fond et de forme visant à introduire la directive dans une législation interne, cohérente et accessible aux justiciables" (cf. Doc.parl. No 3452<sup>1</sup>, sess. ord. 1990-1991). Il faut d'ailleurs observer que le problème de la cohérence de l'ordonnement juridique est un problème qui se pose tous les jours avec une acuité plus forte eu égard aux nouveaux et nombreux domaines qui appellent à être réglementés en matière d'environnement naturel et humain. Aussi le Conseil d'Etat estime-t-il que la transposition de la directive modifiée 85/337/CEE ne peut intervenir que dans le cadre de la loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés, aux fins d'empêcher qu'à l'abondance des textes ne s'ajoute finalement une**

complexité qui ne manque pas de les rendre inapplicables et d'ailleurs inappliqués. Teile ne peut cependant pas être l'intention du législateur en l'espèce. »

**Diese Aussagen sind deutlich!! Um die Direktive an die Luxemburger Situation anzupassen**, schlägt der Mouvement Ecologique folgende Formulierung vor:

**«a) Construction d'une nouvelle route et/ou alignement / élargissement d'une route existante pouvant entraîner des conséquences notables au niveau de l'environnement humain et / ou naturel**

**b) Construction d'autoroutes et de voies rapides et de voies de contournement de localités (2). »**

### **Keine Mogelpackung in Sachen Flughafen!**

Ähnlich problematisch wie im Bereich Straßenbau, ist die Situation betreffend die Flughäfen. Hier schreibt die Direktive zwar vor, dass lediglich eine Impactstudie von Nöten ist, wenn ein Neubau einer Piste von 2.100 m erfolgt.

Zitat : «7.a) Construction de voies pour le trafic ferroviaire à grande distance ainsi que d'aéroports (1) dont la piste de décollage et d'atterrissage a une longueur d'au moins 2.100 mètres.»

Da der Luxemburger Flughafen nach wie vor über keine Genehmigung verfügt, ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass grundsätzlich Aktivitäten auf Flughäfen bzw. eine Zunahme der Flugbewegungen einer Impactstudie unterliegen sollen. Denn mit einem Neubau einer Piste in Luxemburg rechnet wohl kaum einer. Die Direktive räumt den Staaten tatsächlich dieses Recht ein, die AnlagenaufnahmeVerhältnisse anzupassen.

**Der Mouvement Ecologique schlägt folgende Formulierung vor:**

**„aéroports, changements et extension des activités aéroportuaires pouvant avoir des effets notables au niveau de l'environnement humain et naturel“**

### **Übertriebene Größenordnungen seitens der EU-Direktive übernommen**

In verschiedenen Bereichen wurden übertriebene Größenordnungen seitens der EU-Direktive übernommen, die wohl kaum auf Luxemburg angepaßt sind. Als besonders relevante Beispiele seien folgende angeführt , die aus der Direktive übernommen wurden:

10. 208-3 *Installations d'élimination des déchets non dangereux, par incinération, d'une capacité de plus de 100 tonnes par jour*
- 338.6 *Installation d'élimination des déchets non dangereux par traitement chimique, d'une capacité de plus de 100 tonnes par jour*
17. 361.3 *Installations destinées à l'élevage intensif de volailles disposant de plus de 85.000 emplacements pour poulets ou de 60.000 emplacements pour poules,*

- 285.9 *Installations destinées à l'élevage intensif de porcs disposant de plus de 3000 emplacements pour porcs de production (de plus de 30 kilogrammes) ou de 900 emplacements pour truies*
19. 73.2 *Carrières et exploitations minières à ciel ouvert lorsque la surface du site dépasse 25 hectares ou, pour les tourbières, 150 hectares.*
20. 143.3. *Construction de lignes aériennes de transport d'énergie électrique d'une tension de 220 kV ou plus et d'une longueur de plus de 15 kilomètres.*
21. 293.3. *Installations de stockage de pétrole, de produits pétrochimiques ou de produits chimiques, d'une capacité de 200.000 tonnes ou plus.*

**Der Mouvement Ecologique trifft dafür ein, bei diesen Aktivitäten die Größenordnungen zu überprüfen und ggf. zu reduzieren.**

## **Annexe II**

---

Vor allem auch auf der Ebene der Annexe II treten weitere Probleme auf.

So z.B.

### **Impaktstudienrichtlinie auch im Bereich «Agriculture, sylviculture et aquaculture» zufriedenstellend handhaben**

\* **Fehlende Umsetzung bei Felderzusammenlegungen:** Die Richtlinie schreibt eindeutig vor, dass auch «*Projets de remembrement rural*» einer Impactstudie unterliegen. Diese Aktivität wurde jedoch im Luxemburger Text ersatzlos gestrichen mit dem Argument, hier würde bereits eine Reglementierung auf der Ebene des Landwirtschaftsministeriums bestehen. Dies entspricht nur zum Teil der Wahrheit. Denn bei der Reglementierung des Landwirtschaftsministeriums sind die Vorgaben betreffend den Inhalt der Impactstudie z.T. andere, ebenso ist die Prozedur eine gänzlich andere (z.B. ohne öffentliche Einspruchsmöglichkeit in der Form). **Es ist deshalb unerlässlich, diese Projekte auch in Luxemburger Recht zu übernehmen, will man auch eine korrekte Umsetzung der Richtlinie gewährleisten.**

\* **Überzogene Größenordnungen bei Drainageprojekten:** Betreffend die Rubrik 1c - 204A «*Projets d'hydraulique agricole, y compris projets d'irrigation et de drainage de terres*» schreibt Luxemburg vor, nur bei Gebieten «*concernant une surface d'un seul tenant de plus de 10 ha.*» sei eine derartige Studie notwendig. Die EU-Richtlinie beinhaltet keine solche Einschränkung. Da die entstehende Belastung - abhängig vom Standort und der Landschaft - bei einem 1-ha-großen sensiblen naturschützerisch wertvollem Gebiet weitaus schlimmer sein kann als bei einem größeren Projekt auf wertloser Fläche, macht die in Luxemburg zurückbehaltene Formulierung keinen Sinn.

**Der Mouvement Ecologique schlägt deshalb vor, diesen Passus wie folgt in Luxemburger Recht umzusetzen: «*Projets d'hydraulique agricole, y compris projets d'irrigation et de drainage de terres pouvant avoir une incidence notable sur l'environnement humain et naturel.*»**

Eine derartige Umsetzung drängt sich ebenfalls auf, weil diese Vorgehensweise nicht im Naturschutzgesetz als solchem zufriedenstellend geklärt wurde.

\* **Überzogene Größenordnungen - falsche Sichtweise betreffend Baumpflanzungen und Rodungen:** Eine ähnliche Anmerkung gilt für Baumpflanz- oder Fällaktionen. Hier gibt die EU-Direktive keine Größenordnung vor, im Luxemburger Recht wird aber folgendes definiert :

« 1d 51A *Boisement et déboisement*

- a) *premier boisement en vue de la reconversion des sols d'une superficie d'un seul tenant de plus de 30 ha*
- b) *Déboisement en vue de la reconversion des sols d'une superficie d'un seul tenant de plus de 20 ha. »*

Auch hier gilt: in einem sensiblen Gebiet aufzuforsten bzw. Bäume zu fällen kann - auch wenn es sich um eine kleine Fläche handeln würde - weitaus gravierender sein als auf einer größeren Fläche, in einem wenig wertvollem Gebiet. Darüberhinaus ist 20 bzw. 30 ha eine doch sehr hoch gegriffene Größenordnung.

**Deshalb wird auch hier eine andere Formulierung vorgeschlagen, die sich direkt an die EU-Direktive anlehnt bzw. diese quasi wortwörtlich übernimmt: «Reboisements, lorsqu'ils risquent d'entraîner des transformations écologiques négatives, et défrichements destinés à permettre la conversion en vue d'un autre type d'exploitation du sol resp. boisements et reboisements en vue de la reconversion des sols».**

Eine derartige Umsetzung drängt sich ebenfalls auf, weil diese Vorgehensweise nicht im Naturschutzgesetz als solchem zufriedenstellend geklärt wurde.

\* **Übertriebene Größenordnungen bei Geflügel- und Schweinehaltung:** Ein weiterer Punkt, wo die Größenordnung unangepaßt erscheint, ist die Aufzucht von Geflügel bzw. Schweinen. Auch hier sollte die derzeitige **zurückbehaltene Größenordnung reduziert werden**. Die heutige Formulierung ist :

- « 1e. 285.8 *Installations destinées à l'élevage intensif de porcs disposant de plus de 2000 emplacements pour porcs de production (de plus de 30 kg) ou de 750 emplacements pour truies (projets non visés à l'annexe I)*
- 361.2 *Installations destinées à l'élevage intensif de volailles disposant de plus de 40.000 emplacements pour la volaille (projets non visés par l'annexe I). »*

## **Verbesserungen des Gesetzesprojektes in sektoriellen Bereichen anbringen**

### **- „production de travail et métaux »**

Hier wurden von Luxemburger Seite Größenordnungen eingefügt (unterstrichen im Text), welche die EU-Direktive nicht vorsah. Der Mouvement Ecologique tritt für eine Überarbeitung bzw. Reduktion dieser Werte ein :

- « 4. h) 33.1)b) *Ateliers et garages, de réparation et d'entretien pour aéronefs se situant dans une zone d'activités commerciale, artisanale ou industrielle et occupant 50 personnes*

- et plus sur le site.
- 4.i) 7 62 *Atelier de construction de matériel ferroviaire d'une capacité de transformation des métaux ferreux supérieure à 2,5 tonnes par heure. »*

**- « industrie alimentaire »**

Auch hier wurden von Luxemburger Seite Größenordnungen eingefügt (unterstrichen im Text), welche die EU-Direktive nicht vorsah. Der Mouvement Ecologique tritt für eine Reduktion dieser Werte ein :

- 7.d) 60.b) *Brasseries et malteries: lorsque la capacité de production annuelle est supérieure à 5.000 hl.*
- 7.e.) 94. l)b) *Chocolateries et confiseries se situant dans une zone d'activités commerciale, artisanale ou industrielle et occupant 150 personnes et plus sur le site de fabrication.*
- 94.2.b) *Chocolateries et confiseries se situant à l'extérieur d'une zone d'activités commerciale, artisanale ou industrielle et occupant 15 personnes et plus sur le site de fabrication.*
- 7.f) 1.2) *Abattoirs avec une capacité de production de carcasses supérieure à 50 tonnes par jour*

**Verbesserungen auf der Ebene der «projets d'infrastructure» durchführen**

Vor allem die Bestimmungen in bezug auf diesen Bereich sind noch äußerst problematisch.

\* Während die EU angibt für « travaux d'aménagement urbain, y compris la construction de centres commerciaux et de parkings » sei eine Impactstudie notwendig, wird diese Vorgabe wie folgt in Luxemburger Recht umgesetzt :

- « 10.b.) 81 *Chantiers de construction de plus de 10 mètres en dessous du niveau de la voie publique la plus proche.*
- 226.3) *Un ou plusieurs magasins pour la vente au détail et en gros dont les locaux de vente et les locaux attenants à ceux-ci et servant de dépôts de marchandises (plusieurs magasins dans un même bâtiment) ont une surface totale de plus de 10.000 m2.*
- 36.2,36.3 *Garages et parkings couverts, ouverts au public ou à utilisation privée, de plus de 1.000 véhicules. »*

**Diese Größenordnungen sollten nach Ansicht des Mouvement Ecologique unbedingt reduziert werden.**

**Verbesserungen auf der Ebene der «autres projets» gewährleisten**

\* **Übertriebene Größenordnungen.** Erneut sei darauf verwiesen, dass in Luxemburger Recht Größenordnungen eingefügt wurden, die es so auf EU-Ebene nicht gab. Es gibt hierbei im « expose des motifs » jedoch nicht einmal eine zufriedenstellende Angabe, warum gerade diese Größenordnungen gewählt wurden. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique müssen sie überdacht und ggf. reduziert werden.

Der aktuelle Wortlaut ist :

« 11b)

- 124.1) *Decharges recevant plus de 10 tonnes par jour ou d'une capacité totale de plus de 25.000 tonnes, à l'exclusion des décharges de déchets inertes.*
- 124.2) *Autres décharges de déchets que celles mentionnées au point 1).*
- 208.1) *Installations d'incinération de déchets en général.*
- 208.2) *Installations pour l'incinération des déchets municipaux, telles que définies par la réglementation grand-ducale concernant la réduction de la pollution atmosphérique en provenance des installations d'incinération des déchets municipaux, d'une capacité supérieure à 5 tonnes par heure.*
  
- 338.2) *Installations d'élimination ou de valorisation de déchets dangereux avec une capacité de plus de 10 tonnes par jour.*
- 338.3) *Installations d'élimination de déchets non dangereux avec une capacité de plus de 50 tonnes par jour.*
- 338.4) *Installations de valorisation de déchets non dangereux avec une capacité de plus de 50 tonnes par jour.*
- 338.5) *Installations de compostage de boues de purification.*
- 338.7) *Autres installations de traitement de déchets par procédés physiques, chimiques, biologiques et thermiques non mentionnés aux points précédents.*
- 11.c) 136.1) *Installations de traitement des eaux résiduaires pour des établissements du type artisanal, commercial et industriel et pour des constructions comportant plus de 5 habitations, à l'exception des séparateurs d'hydrocarbures et des séparateurs de graisses (projets non visés à l'annexe I).*
- 11.d) 55 *Dépôts de boues, voiries, boues de purification des eaux et des gaz de plus de 25.000 tonnes. »*

### **Auf der Ebene « tourisme et loisirs » : Directive korrekt umsetzen**

Die EU-Direktive schreibt eine Impactstudie für « *Villages de vacances, complexes hôteliers* » vor.

In der Luxemburger Umsetzung aber wird festgehalten, dass dies lediglich für Gebiete ab 500 Übernachtungsmöglichkeiten gelten würde. Zitat : « 12.c) 356 *Villages de vacances, complexes hôteliers à l'extérieur des zones urbaines et aménagements associés avec un nombre de chambres supérieur à 500 unités.* ». Erneut : eine absinnige zu hoch gegriffene Festlegung!!

**Diese Werte müssen unbedingt reduziert werden.**

## 4. Reform der Verwaltung - Nägel mit Köpfen, statt halber Lösungen

Gleichzeitig zur Umsetzung der EU-Direktiven soll eine Reform der Umweltverwaltung durchgeführt werden. Auf den ersten Blick mag diese als rein administrative Angelegenheit erscheinen und es wird der Eindruck vermittelt, als handle es sich de facto lediglich um eine Validierung der heutigen Praxis. Doch es versteckt sich weit mehr dahinter.

Die angestrebte Reform ist von grundsätzlicher Bedeutung für ein weiteres zielorientiertes Funktionieren der Verwaltung.

Im folgenden seien die wesentlichsten Aspekte aus der Sicht des Mouvement Ecologique hervorgehoben.

### **Die «division commodo-incommodo» - eine rein administrative Stelle oder aber eine fachkompetente Struktur mit Entscheidungsgewalt?**

Mit dem vorliegenden Vorschlag der Gestaltung der Kommodo-Division kann der Mouvement Ecologique in keiner Form einverstanden sein, da er weder aus der Sicht der Umweltpolitik noch aus der Sicht der Antragsteller eine sinnvolle Lösung darstellt. **In der Tat würde diese Struktur « eine halbe Sache » darstellen, eine Art Zwitter zwischen einer fachlich kompetenten Stelle und einem administrativem Sekretariat: beides nicht zufriedenstellend.**

Das Problem sei an folgenden Beispielen illustriert :

- In der Realität besteht die im Gesetzesentwurf angeführte Sektion «*établissements classés*» bereits heute. Diese Neuerung wurde unter der jetzigen Regierung herbeigeführt. Unter den vorherigen Regierungen wurde die Bearbeitung der Betriebsgenehmigungen nicht von einer zentralen Stelle, sondern primär von den einzelnen Divisionen durchgeführt (Luft, Lärm, Wasser, Abfall), wobei die Federführung für die Erstellung der Genehmigung bei der Abteilung « Luft » lag. Die nunmehr vollzogene Zentralisierung bzw. Schaffung einer neuen Division « *établissements classes* » mag auf den ersten Blick als Effizienzsteigerung erscheinen, was aber de facto nicht der Fall ist. Dies u.a. aus folgenden Gründen:

\* Wesentliche Dossiers, die in direkter Verbindung mit der Kommodo-Inkommodo-Genehmigung stehen (z.B. Direktiven auf EU-Ebene) werden nach wie vor von den Fachbereichen bearbeitet. Als Beispiel seien lediglich folgende angeführt :

«- Directive COV: *Reglement grand-ducal du 4 juin 2001 portant application de directive 1999/13/CE du Conseil du 11 mars 1999 relative à la réduction des émissions de composés organiques volatils dues à l'utilisation de solvants organiques dans certaines activités et installations (Memorial A 71 du 22 juin 2001, p. 1432)*

- Directive "NEC": *Directive 2001/81/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2001 relative aux plafonds d'émission nationaux pour certains polluants atmosphériques*

- Directive "Incinération" (200/76/CE du 4 decembre 2000): Reglement grand-ducal du 19 decembre 2002 concernant l'incinération des déchets."

Es ist widersinnig, dass de facto die reelle Handhabung dieser Vorgaben vor allem auf der Ebene der Kommodo-Stelle erfolgen soll, sie aber von den einzelnen Sektoren bearbeitet wird...! **Dies widerspricht einer integrierten Umweltpolitik, so wie sie mittlerweile Standard sein müsste. Auf der Ebene der Kommodo-Stelle müsste - insofern sie eine übergreifende Fachstelle sein soll - demnach eine sektorübergreifende Kompetenz verfügbar sein. Dies ist derzeit jedoch nicht der Fall.**

In der Tat verfügt die Abteilung « établissements classes » derzeit nicht über das erforderliche Personal, hier gibt es vor allem «ingenieur-techniciens» und nur einen Chemiker. Das höher qualifizierte Personal ist in der Tat den diversen Abteilungen angeschlossen. Dabei **ist ein** hoher Sachverstand notwendig, um die spezifischen Genehmigungen für die Betriebe zu erstellen bzw. einen integrierten Umweltschutz zu gewährleisten.

Die Konsequenz hieraus ist - und es liessen sich eine Vielzahl von Beispielen anführen - dass die derzeit erstellten Genehmigungen äußerst unzufriedenstellend sind. Sie enthalten de facto kaum noch spezifische Auflagen für Betriebe, was an sich aufgrund des Geistes des Kommodo-Gesetzes erforderlich ist - sondern vielmehr eine Reihe allgemeiner Formulierungen und die Vorgabe, dass bestehende Gesetze respektiert werden müssen.

Mittlerweile gibt es auch eine Reihe von Jurisprudenzen, die die derzeitige Vorgehensweise der Verwaltung anprangern (Kopien entsprechender Urteile können vom Mouvement Ecologique gerne zur Verfügung gestellt werden). **Die heutige Praxis ist demnach mittelfristig nicht haltbar. Auch für Betriebe ist es problematisch, wenn sie keine klaren, sondern lediglich diffuse, allgemeine Auflagen erhalten.**

**D.h. im Klartext : mit der aktuellen Formulierung schafft das Gesetzesprojekt**

- **weder eine fachkompetente Stelle**
- **noch eine rein administrative Struktur.**

Der Mouvement Ecologique tritt mit aller Deutlichkeit dafür ein, dass der Gesetzgeber eine klare Sprache sprechen soll. **Entweder administrative Struktur oder aber fachkompetente Stelle - es gilt sich zu entscheiden!**

- Im Falle ersterer Lösung müsste das Gesetzesprojekt in Artikel 2 in dem Sinne abgeändert werden, dass die fachliche Erstellung nach wie vor durch die spezifischen Bereiche **erfolgt**.

- Im Falle einer kompetenten Stelle mit Entscheidungsgewalt ist eine Aufstockung mit qualifiziertem Personal **unerlässlich**. So wichtig der fachliche Beitrag eines « ingénieur technicien » ist, **es braucht** darüber hinaus universitäre Posten! Auch diese Lösung müsste in der Reform des Gesetzes Berücksichtigung finden.

**Dies im Sinne eines integrierten Umweltschutzes, so wie er mittlerweile im Ausland üblich ist. In der Konsequenz sollte die neu zu formalisierende Abteilung auch nicht « division des établissements classes » genannt werden, sondern « division prévention et réduction intégrées de la pollution »**

Darüber hinaus tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass die Abgeordnetenkammer eine Motion verabschiedet, in der über eine Neuorientierung der Umweltverwaltung im Sinne des integrierten Umweltschutzes nachgedacht wird.

### **Für die Schaffung einer « Division de l'énergie » - neue Akzente setzen statt auf alten Wegen gehen !**

Der Aspekt der Energiepolitik gewinnt - nicht zuletzt aufgrund von Kyoto und den daraus resultierenden Beschlüssen - mehr und mehr an Bedeutung. Auch innerhalb der Umweltverwaltung. Stichworte sind : CO2-Reduktionsplan, Altbausanierung u.a.m. Auch wenn das Umweltministerium sicherlich die politische Arbeit leisten muß, so sind doch auch fachlich-technische Aspekte von größter Bedeutung. Wie soll in der Tat die Umsetzung des Klimaschutzplanes erfolgen, wenn nicht auch eine zuständige Verwaltungs-Abteilung daran arbeitet ?

Es ist deshalb absolut unverständlich, warum nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine formalisierte « *division de l'énergie* » geschaffen wurde. In der aktuellen Situation ist deren Gründung unerlässlich und die Chance sollte nicht verpaßt werden, dies im Rahmen der vorliegenden Reform zu gewährleisten.

Desweiteren nimmt die Problematik der elektromagnetischen Belastungen in sehr wesentlichem Ausmass zu - auch die betroffenen Antragsteller sind derzeit unzufrieden mit der Handhabung dieser Dossiers. Auch dieser Umstand sollte im Rahmen der Reform Berücksichtigung finden.

**Deshalb sollte Artikel 4, welcher die Bereiche der Umweltverwaltung auflistet, wie folgt ergänzt werden :**

- « **L'administration comprend**
- la direction
  - la division des eaux
  - la division de l'air, du bruit et de l'électromagnétisme
  - la division des déchets
  - la division de l'énergie
  - division prévention et réduction intégrées de la Pollution »

### **Direktor der Umweltverwaltung**

- **muss auch außerhalb der Verwaltung rekrutiert werden dürfen**
- **muss über eine hohe Qualifikation verfügen !**

\* Der vorliegende Gesetzesprojekt sieht vor, dass der Direktor der Verwaltung von vorneherein aus der Reihe des Verwaltungspersonals rekrutiert werden muss. Auch wenn dies sicherlich in der Regel der Fall sein mag und sinnvoll ist, so ist diese Einschränkung im Rahmen eines Gesetzes widersinnig. Eine ersatzlose Streichung dieser Bestimmung ist notwendig: das Primat der Politik darf hier nicht durch nachvollziehbare Partikularinteressen eingeschränkt werden.

\* Des Weiteren wird vorgeschlagen, dass für den Posten des Direktors der Grad des « *ingénieur-technicien* » ausreichen würde. Die angeführten Argumente - wie z.B. die Ausbildung in der Praxis

zahlreicher Beamte aus der Umweltverwaltung während Jahren - sind sicherlich schlüssig, und doch :

**Der Direktor muss ein anerkannter Ansprechpartner seitens aller Akteure – aus anderen Verwaltungen bzw. aus Wirtschaft und Gesellschaft sein. Deshalb drängt der Mouvement Ecologique darauf, dass er über eine universitäre bzw. gleichwertige Ausbildung verfügt.**

**Anmerkung :**

In den in den vergangenen Jahren erstellten Gutachten zum Kommodo-Inkommodo-Gesetz verwies der Mouvement Ecologique immer wieder darauf, dass die Kontrolle der Auflagen mehr denn unzufriedenstellend sei.

Auch diese Reform ändert nichts an der Situation. Sollte nicht auch hierzu eine Stelle geschaffen oder endlich verstärkt Personal eingestellt werden? Denn das beste Gesetz ist zum Scheitern verurteilt, wenn dessen Umsetzung in der Praxis nicht gewährleistet wird.